



Dietmar Danz
✉ Nußbaumstraße 44
53359 Rheinbach
☎ 02225 7089682
@ info@dietmar-danz.de
🏠 www.dietmar-danz.de
f facebook.com/
Dietmar Danz

Rede anlässlich der Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit Haushaltssicherungskonzept 2016 - 2025 am 20.04.2015

Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder findet sich der Rat zu einer Sitzung zusammen, um über den Haushalt des laufenden Jahres zu sprechen. Ja richtig, den Haushalt des laufenden Jahres. Wir schreiben den Monat April, und schon sind wieder vier Monate der Übergangswirtschaft und der haushaltslosen Zeit vergangen. Dass die Gemeindehaushaltsverordnung einen anderen Beratungs- und Verabschiedungsmodus vorsieht, ist hinlänglich bekannt. Zu Beginn eines Jahres sollten alle haushaltsrelevanten Entscheidungen getroffen sein. Aber das Thema Einhaltung von Zeiten und Fristen spielt in der Rheinbacher Verwaltung ohnehin ja nur eine untergeordnete Rolle. Warum sollte es um die Einbringung und die Verabschiedung des Haushaltsplanes besser bestellt sein, wenn es doch bei den Jahresabschlüssen schon seit Jahren nicht funktioniert?!

Was sind die beiden zentralen Botschaften des heute zur Verabschiedung anstehenden Haushaltes an die Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger? Erstens: Das Desaster auf der Ausgabenseite wird immer größer und offensichtlicher. Und zweitens: Auf der Einnahmenseite werden die Hebesätze weiter deutlich erhöht. Deutlich stärker, als noch vor einem Jahr geplant. Der Griff in die Portemonnaies der Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger findet immer ungenierter und dreister statt.

Das ist die nüchterne Wahrheit. Denn zu einer tiefergehenden Bewertung und Standortbestimmung kommunaler Finanzpolitik gehören ergänzende Informationen, die dieser Haushalt nicht liefert. Auch wenn Sie es nicht mehr hören können oder hören wollen: Standortbestimmung setzt Kennzahlen voraus! Erst Kennzahlen ermöglichen einen interkommunalen Vergleich! Wie schlecht ist es um Rheinbach bestellt? Warum sind vergleichbare Kommunen deutlich besser aufgestellt? Genau diese Zahlen fehlen, um sie belastbar bewerten zu können, um interkommunale Vergleiche anstellen zu können. Nur so wäre es möglich, mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt einen

transparenten Dialog zu führen und erklären zu können, warum auch eventuell eine Erhöhung der Hebesätze zur Verbesserung der Haushaltssituation ein Instrument sein kann. Aber hier verschläft die Verwaltungsführung den offenen Dialog. Sich als Bürgermeister bei jeder Petitesse medienöffentlich abbilden zu lassen, wird dem Anspruch, erster Bürger unserer Stadt zu sein und Führung und Orientierung zu vermitteln, nicht gerecht.

Wo gibt es erhebliche Defizite im vorgelegten Haushaltsentwurf, die eine Zustimmung zum Entwurf fragwürdig machen? Da ist zunächst sicherlich als erstes das Rheinbacher Freizeitbad zu nennen, das für den Bürgermeister und die haushaltstragenden Fraktionen inzwischen zu einer großen Millionenfalle geworden ist. Wir erleben nur Hilflosigkeit und Konzeptionslosigkeit im Umgang mit einem versierten Badbetreiber, der es versteht, die Verwaltung in Öffentlichkeitsarbeit und Marketing vor sich herzutreiben. Die vertragliche Schlechterstellung, die uns als alternativlos verkauft wurde, war nur ein weiterer Sargnagel für die desaströse Politik dieser Verwaltungsführung. Die rückläufigen Einnahmeerwartungen sprechen eine deutliche Sprache. Wer lesen kann ist klar im Vorteil – es geht weiter abwärts! Und das für Mitte 2014 angekündigte Konzept zur Steigerung der Attraktivität liegt ebenfalls nicht vor. Ich wiederhole das, was ich auch im Haupt- und Finanzausschuss deutlich gemacht habe. Zwischenzeitlich wird versucht, die politischen Akteure Rheinbachs mit einem sogenannten Strategiepapier von Monte Mare zufrieden zu stellen. Fünf Seiten, großzügig und bunt bedruckt, vermitteln ein Bild völliger Überforderung und Konzeptionslosigkeit. Fünf Seiten, ganz viel heiße Luft. Eine Kostprobe, die ich bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen habe, hier aber noch einmal wiederholen möchte: „Auch wenn die im Pachtvertrag gefundene Formulierung die Erwartungshaltung großer Veränderungen nährt, ist auch die bewusste Entscheidung für Kontinuität natürlich nicht ausgeschlossen.“ Ein schönes Beispiel gelungener Verbalakrobatik ohne jede inhaltliche Substanz. Und das geht so seitenweise weiter.

Wo gibt es weitere erhebliche Risiken im vorgelegten Haushaltsentwurf, die eine Zustimmung zum Entwurf fragwürdig machen? Die Quote der Rheinbacher kurzfristigen Verbindlichkeiten ist katastrophal. Ausweislich des Jahresabschlusses 2011 machten die Liquiditätskredite bereits 64 % der gesamten kurzfristigen Verbindlichkeiten aus. Rechnet man die Investitionskredite mit einer Restlaufzeit von 1 Jahr hinzu, machen beide Positionen bereits rund 85 % der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus. Und das sind Zahlen für das Jahr 2011. Der Haushaltsentwurf soll den Höchstbetrag für diese Liquiditätskredite jetzt auf 75 Millionen Euro festsetzen. Konkret: Bei jeder Rheinbacher Bürgerin und jedem Rheinbacher Bürger sind Sie, Herr Bürgermeister Raetz, und die haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP mit rund 2.800 Euro verschuldet. Wohlgemerkt: Das ist nur der Dispositionskredit. Um 75 Millionen Euro sind die städtischen Konten überzogen. Und lange wird dies nicht mehr gutgehen. Das aktuell niedrige Zinsniveau spielt Ihnen in die Hände. Bei steigenden Zinsen kämen Sie, liebe haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP, gar nicht mehr nach mit dem ständigen Drehen an der Steuerschraube. Nein, die Sparkassen und Banken werden das kommunale Spiel nicht mehr lange mitmachen. Erste Banken räumen Kommunen keine Dispositi-

onskredite mehr ein. Und aus einer Sitzung des Regionalbeirates der Kreissparkasse habe ich in den letzten Tagen sehr aufmerksam zur Kenntnis nehmen können, dass auch örtliche Banken sukzessiv an einer Rückführung ihrer Kreditlinien an die Kommunen arbeiten werden. Und dass Rheinbach vor dem Hintergrund des genannten Dispositionskredites von 75 Millionen Euro recht bald Besuch von der Troika der örtlichen Finanzinstitute erhalten wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Also Herr Bürgermeister, wenn es dann soweit ist und der Stadt Rheinbach der Geldhahn zugedreht wird, erwarten wir eine umfassende, zeitnahe und unaufgeforderte Information im Haupt- und Finanzausschuss. Und nicht erst wieder auf Nachfrage!

Meine Damen und Herren,

für uns Sozialdemokraten haben eine gute Bildung und hochwertige Betreuungsangebote allerhöchste Priorität. In diesem Kontext ist unser Begleitantrag zum Haushalt zu sehen, auch in Rheinbach eine Stelle für Schulsozialarbeit zu schaffen. Versteckt hinter formalen Argumenten wird versucht, sollte nicht versucht werden, eine richtige sozial- und bildungspolitische Entscheidung zu unterlaufen.

In weiten Teilen des Rhein-Sieg-Kreises ist der Miet-Wohnungsmarkt ein drängendes Problem. Viele Menschen finden in ihren Heimatgemeinden und -städten keine Wohnung mit bezahlbaren Mieten mehr. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es aber unerträglich, wenn Menschen aus finanziellen Gründen ihre Heimatorte verlassen und buchstäblich an den Rand gedrängt werden. Es geht also um ein sozialdemokratisches Herzensthema, das viele Menschen betrifft. In einem weiteren Begleitantrag dringen wir deshalb darauf, mehr öffentlich geförderten Wohnraum bereitzustellen. Uns ist klar, dass wir heute nicht abschließend über unseren Antrag entscheiden werden und er stattdessen zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen wird. Trotzdem werden wir sehr genau darauf achten, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Thema in Ihren Ausführungen zum Haushalt umgehen werden.

Rheinbach ist die Stadt der Schulen. Und das soll auch so bleiben! Auch wenn die Frage der Zügigkeit unserer Gesamtschule heute nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung steht, will ich trotzdem sagen: Wir Sozialdemokraten stehen dafür, eine einmal gegebene Zusage auch einzuhalten! Wir haben fraktionsübergreifend stets deutlich gemacht, dass es zwar theoretisch denkbar sein könnte, dass nicht alle Rheinbacher Kinder an der Gesamtschule ihren Platz finden könnten. Aber genau so deutlich haben wir fraktionsübergreifend gesagt, dann eine gemeinsame Lösung zu finden. Wir Sozialdemokraten stehen zu unserem Wort. Wir werden für das kommende Schuljahr im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport dem Antrag auf Ausnahmegenehmigung für das kommende Schuljahr zustimmen. Damit Rheinbacher Schüler auch eine Rheinbacher Schule besuchen können!

Mit unserem Antrag zum Themenkomplex Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen wollen wir die Verwaltung um Prüfung bitten, ob gemeinsam mit dem Kreis eine externe Unterstützung, beispielsweise durch den Mieterbund Bonn / Rhein-Sieg / Ahr, bei der Kontrolle von Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen bei Empfängern von Trans-

ferleistungen finanziert werden kann. Insgesamt sehen wir in einer stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit einen Ansatz, kommunale Aufgaben kostengünstiger in einer Gemeinschaft zu erfüllen. Auch hierzu verweise ich auf den vorliegenden Begleitantrag zum Entwurf des Haushaltsplanes. Seit Jahrzehnten praktizieren Landkreise, Städte, Gemeinden in vielen Aufgabenbereichen eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit. Durch die Zusammenarbeit können strukturelle Probleme erfolgreich gemeinsam gelöst und effizientere Strukturen für die Aufgabenerfüllung geschaffen werden. Lassen Sie es gemeinsam diskutieren und nicht nur darauf verweisen, dass man solche Versuche schon einmal vor vielen Jahren unternommen habe, ohne den gewünschten Erfolg zu haben.

Ich wiederhole an dieser Stelle auch, was ich schon häufiger gesagt habe: Wir brauchen eine umfassende Aufgabenkritik. Auch hier bitte nicht wieder den Verweis auf vor Jahren geführte Diskussionen und beispielsweise den heute vorgelegten Bericht. Aufgabenkritik ist eine ständige Aufgabe. Hier stimme ich ausdrücklich einer Ratsinitiative der UWG zu. Denn im Rahmen einer Aufgabenkritik ist auch die Frage zu beantworten, welche Aufgaben von der Kommune mit welchem Aufwand betrieben wird. Es wäre verfehlt, sich bei den Konsolidierungsbemühungen alleine auf die freiwilligen Leistungen zu beschränken. Denn beim „Wie“ der Aufgabenerfüllung hat die Stadt auch bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben erhebliche Gestaltungsspielräume. Hier schließt sich wieder der Kreis mit dem Thema Kennzahlen. Denn nur im Rahmen eines solchen Prozesses kann Rheinbach eigene Stärken und Schwächen identifizieren und für sich notwendige Konsequenzen ziehen.

Mit dem Hinweis auf unseren Antrag zur Entwicklung eines Konzeptes für die Einrichtung und den Betrieb eines Spendenportals auf der Homepage der Stadt Rheinbach will ich den Dank verbinden an alle Bürgerinnen und Bürgern sowie den sozialen Einrichtungen, Vereinen und Verbänden für ihren täglichen Beitrag, unsere Stadt Rheinbach lebenswert zu halten.

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, die Verwaltung aufzufordern, ein Verkehrsplanungsbüro mit der Durchführung einer Verkehrsuntersuchung von Teilen des östlichen und nördlichen Innenstadtbereiches zu beauftragen. Über diesen Antrag ist abschließend in der Ratssitzung am 23.02.2015 bisher nicht entschieden worden. Ich erspare es mir, noch einmal den schauspielerisch gelungenen Auftritt einzelner CDU-Ratsmitglieder Revue passieren zu lassen. Fakt ist aber: Die SPD hatte mit ihrem Antrag zwar den zurückgestellten Vorschlag der Verwaltung im Kern aufgegriffen, eine Verkehrsuntersuchung vorzunehmen, ihn aber ergänzt und modifiziert. Es ist erfreulich, dass sich CDU und FDP den Antrag damals so intensiv angeschaut haben und zu der Erkenntnis gekommen sind, dass er einige richtige und gute Ansätze einer Verwaltungsvorlage aufnahm. Deshalb sollte es für beide Fraktionen kein Problem sein, dem Antrag der SPD zuzustimmen, die erforderlichen finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um auf der Sachebene über die Intention und die Inhalte des Antrages zu sprechen.

Denn, meine Damen und Herren, diese Diskussion wird kommen. Als Sozialdemokrat bin ich es in Rheinbach gewöhnt, dass inhaltliche Anträge der SPD abgelehnt werden und dann zeitversetzt oft als Initiative der CDU wieder auftauchen. Neu für mich war jedoch die Erfahrung, dass CDU und FDP eine Beratung unseres Antrages so vehement abgelehnt haben. Inzwischen verstehe ich es. Ein Blick in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Planungsausschusses zeigt uns einen interessanten Tagesordnungspunkt: Masterplan Innenstadt. Oh Wunder. Es konnte natürlich nicht angehen, dass die SPD einen konstruktiven und richtungsweisenden Antrag vorlegte. War doch die Verwaltung mit den Vorbereitungen einer eigenen Drucksache zu diesem Thema noch nicht fertig. Masterplan Innenstadt heißt es jetzt, vergrößert den von der SPD vorgeschlagenen Untersuchungsbereich etwas und formuliert Fragen und Ansätze, die sich im SPD-Antrag wiederfinden. Dass sich die Verwaltung bei inhaltlichen Ansätzen der SPD bedient, damit kann ich gut leben. Allerdings bekommt der theatralische Auftritt des Ausschuss-Vorsitzenden Pütz damit endgültig einen sehr schalen Beigeschmack, weil davon auszugehen ist, dass er die vorbereitenden Arbeiten der Verwaltung kannte.

Meine Damen und Herren,

Eine wirkliche Konsolidierung ist nicht in Sicht. Bürgermeister, CDU und FDP drehen ausschließlich an der Gebührenschaube und erhöhen die Steuern, um 2021 zu einem Haushaltsausgleich zu kommen. Wir haben schon letztes Jahr gesagt: Wir sind nicht bereit, Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern mitzutragen, solange wir nicht den Eindruck haben, dass auf der Ausgabenseite alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Rheinbacher SPD zeigt durch ihre Begleitanträge zum Haushalt 2015, dass sie auch als Oppositionspartei konstruktiv an der Lösung der nicht von ihr zu verantwortenden Finanzmisere mitwirken will. Klar muss aber auch sein: Solange Bürgermeister, CDU und FDP Geschenke an private Schwimmbadbetreiber verteilen, ist das keine Einladung dem Haushalt 2015 zuzustimmen. Eine Erhöhung der Grundsteuer B, um sie dann im Taucherbecken des Freizeitbades zu versenken, ist mit der SPD nicht zu machen.

Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren,

Salus publica suprema lex – das Wohl des Volkes ist oberstes Gesetz. Dieser Satz steht zwar nicht über dem Ratssaal in Rheinbach, aber in Wuppertal. Und so bin ich als gebürtiger Wuppertaler auch ein Stück politisch sozialisiert worden. Sie wissen, dass ich viele Jahre in Wuppertal kommunalpolitisch gearbeitet habe. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in Rheinbach zu einer gesunden Streitkultur um Sachfragen finden würden, wir weniger im Streit um Parteiinteressen verharren und mehr Bürgerengagement ermöglichen und zulassen würden. Gemeinsames politisches Handeln setzt aber Vertrauen und Kompromissbereitschaft voraus. Das kann ich bei den haushalts-tragenden Fraktionen, und insbesondere der CDU, nicht erkennen. Wer den politischen Mitbewerber auf das Übelste diffamiert und bewusste Unwahrheiten verbreitet, siehe das CDU-Pamphlet aus dem letzten Kommunalwahlkampf, wer das für die SPD positive Kommunalwahlergebnis mit einem Zuwachs von 7,2 % versucht zu unterlaufen, in dem

man getroffene Absprachen über Ausschussgrößen und Ausschussvorsitze als belanglosen Small-Talk abtut, der verspielt die Chance, gemeinsame Lösungen für drängende Probleme zu finden. Rheinbach gehört nicht der CDU. Eine Rollenverteilung, bei den Grausamkeiten stimmt die SPD zu, inhaltliche Anträge der SPD werden gnadenlos abgebügelt, ist mit der SPD nicht zu machen.

Der Haushaltsplan soll Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen. Davon ist er noch sehr weit entfernt. Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf heute ihre Zustimmung nicht geben. Gleichwohl sind unsere Begleitanträge ein Angebot an die haushaltstragenden Fraktionen und an den Bürgermeister zur konstruktiven Zusammenarbeit. Wir verbinden damit die Erwartung, dass unsere Vorschläge, die wir als Opposition zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt gemacht haben und machen werden, ebenso konstruktiv aufgenommen werden. Das Jahr 2015 wird zeigen, wie die Mehrheitsfraktionen mit diesem Angebot umgehen.

Am Ende meiner Ausführungen zum Entwurf des Haushaltes 2015 will ich Danke sagen: Danke sagen dem Stadtkämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Fleißarbeit, die in der Aufstellung des Haushaltes und seines Haushaltssicherungskonzeptes stecken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!